

Die Anfänge der Arbeiterorganisation um 1878

Die Gründung eines Ortsvereins ist nachweislich erst auf das Jahr 1919 zurückzuführen. Vorher waren die Mitglieder in ortsübergreifenden Vereinen organisiert. Erste Hinweise auf die Mitgliedschaft von Werther Arbeitern in der Sozialdemokratie gibt es in einer Notiz des Bielefelder Tageblattes vom 22.5.1878. Hier heißt es: " Der Zigarrenfabrikant Leopold Brandes in Werther kündigt 40 Arbeitern, die einer drei Tage zuvor ergangenen Aufforderung, sich vom sozialdemokratischen Verein zu trennen, nicht gefolgt sind." Den Quellen nach haben zwei der entlassenen Zigarrenarbeiter den Vortrag eines Bielefelder Sozialdemokraten über den Sozialismus arrangiert, der im Lokal Walkenhorst stattfinden sollte. Der Wirt verweigerte den Arbeitern jedoch die Nutzung seines Lokales für den Vortrag, woraufhin die Versammlung unter "freiem Himmel" fortgesetzt wurde, doch kurz danach vom Polizisten Kannengießler aufgelöst wurde (Bielefelder Tageblatt vom 24.5.1878).

Schon wenige Wochen später wurde der existenzielle Druck auf die Arbeiter und damit sicherlich auch ihre Familien so stark, dass sich die Arbeiter der Firma Leopold Brandes entschlossen, die Mitgliedschaft im Sozialdemokratischen Verein aufzugeben. Sie haben sich gegenüber ihrem Arbeitgeber verpflichtet, auch keine sozialdemokratischen Blätter mehr zu halten und zu lesen. Sie konnten daraufhin ihre Tätigkeit zu den früheren Bedingungen wieder aufnehmen. (Bielefelder Tageblatt vom 12.6.1878). Nicht alle Zigarrenfabrikanten wie Brandes übten einen solchen Druck auf ihre Arbeiter aus. Dennoch traten "viele", so die Zeitung, aus dem sozialdemokratischen Verein aus. Allerdings deutet diese Entwicklung in den Fabriken wohl nicht daraufhin, dass nicht doch weiterhin Sozialdemokraten in Werther aktiv blieben, denn Amtmann Mensing "brachte zwei Sozialdemokraten wegen Majestätsbeleidigung zur gerichtlichen Haft" (Bielefelder Tageblatt vom 11.6.1878). Dies alles geschah vor dem 21. Oktober 1878. Das war der Tag, an dem der Reichstag auf Antrag von Reichskanzler Bismarck das Gesetz "wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" beschloss.

„Bürgerliche“ Widerstände am Beginn

Mit dem Inkrafttreten des "Gesetzes wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" - nun kurz "Sozialistengesetz" genannt - hörte die öffentliche Arbeit der Sozialdemokraten in Werther zunächst auf. Die örtlichen Behörden waren gehalten, vierteljährlich der Bezirksregierung in Minden über "den Stand der sozialdemokratischen Bewegung" zu berichten. Ab 1884 hatten die Berichte dann halbjährig, jeweils zum 15. März und 15. September, zu erfolgen. Gleichzeitig wurde aber auch Bericht erwartet, "inwieweit die positiven Maßnahmen der königlichen Staatsregierung zur Besserung der Lage der Arbeiter, namentlich die zur Unterstützung in Krankheitsfällen gegründeten Kassen im dortigen Kreis die Verhältnisse der Arbeiter gebessert und die Stimmung in Arbeiterkreisen gehoben haben. Auch ist es erwünscht, darüber Auskunft zu erhalten, inwieweit sonst insbesondere auf Seiten der Arbeitgeber Schritte zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes getan wurden."

Die Berichte aus Werther sind weitgehend negativ, was sozialdemokratische Aktivitäten betrifft. - So lautet der Bericht des Amtmannes in Werther im September 1884 wie folgt: "pp berichte ich, dass die sozialdemokratische Bewegung, welche vor einigen Jahren besonders unter den Cigarrenmachern hier bestand, ganz aufgehört hat. Es ist besonders dem Verbote der sozialdemokratischen Presse zu verdanken, auch hat die Beschäftigung fremder Cigarrenarbeiter, welche damals die hiesigen Arbeiter verhetzten, fast ganz aufgehört hat. Die

Maßnahmen der königlichen Staatsregierung zur Besserung der Lage der Arbeiter als Steuererlasse, Krankenunterstützungskassen, Unfallversicherung werden in Arbeiterkreisen anerkannt. Von den Arbeitgebern sind Schritte zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes nicht geschehen." 1887 aber wird dem Landrat in Halle eine "Liste von hiesigen Sozialdemokraten, die als solche angesehen werden, ohne dass Beweise vorliegen" übermittelt. Im September 1889 heißt es dann aber wieder "... berichte ich gehorsamst, dass die sozialdemokratischen Bewegungen hier ganz aufgehört haben und den früheren Berichten nichts hinzuzufügen ist."

Am 1. 10. 1890 wird das Sozialistengesetz "außer Kraft gesetzt". - Bereits am 18.7.1890 ging aber ein Schreiben des Reichsinnenministeriums an die nachgeordneten Behörden mit genauesten Anweisungen und Hinweisen, wie nach dem 1.10. die sozialdemokratischen Aktivitäten zu überwachen und zu behindern sind "... mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, aber unter sorgfältiger Einhaltung der gesetzlichen Schranken". Diese sozusagen "inoffiziellen" Stolpersteine waren für die Entwicklung der Sozialdemokratie im ländlichen Raum nicht gerade förderlich.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts

Aus den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts ist nur wenig über sozialdemokratische Aktivitäten in Werther bekannt. Die amtliche Beobachtung mit den halbjährlichen Berichten geht weiter. Diese sind weitgehend negativ und melden die Bedeutungslosigkeit der sozialdemokratischen Bewegung vor Ort. Doch die Meldungen sind durchaus interpretierbar; denn 1894 wurde der Bezirk östliches Westfalen der SPD gegründet. Die Schwerpunkte der Arbeit lagen zwar in den Städten, doch sind Auswirkungen auch "auf dem platten Land" ebenfalls bemerkbar. Bei den Reichstagswahlen nehmen die Stimmen der Sozialdemokraten stetig zu. Gab es im Wahlkreis Halle/Herford, zu dem Werther gehörte, 1893 bei der Reichstagswahl 1589 Stimmen (von insgesamt 15004 abgegebenen Stimmen), so waren es 1898 schon 2931 (von insgesamt 16657 abgegebenen Stimmen). 1893 bekam der sozialdemokratische Kandidat Hoffmann 60 Stimmen in Werther, während 1898 der Kandidat Zwirner 739 Stimmen erhielt.

Wenn zu dieser Zeit von Sozialdemokraten in Werther die Rede ist, handelt es sich fast ausschließlich um Zigarrenarbeiter. Schon vor dem Sozialistengesetz hatten sie sich in Werther organisiert. Am 6.1.1894 informiert der "Unterstützungsverein Deutscher Tabakarbeiter in Bremen" den Amtmann in Werther unter Angabe von sechs "Bevollmächtigten und Controleuren" darüber, dass sich eine Zahlstelle des Unterstützungsvereines in Werther befinde. Diese Mitteilung wird am 30.1. dem Landrat in Halle "mit der Bitte um geneigte Angabe darüber gehorsamst vorgelegt, ob die Zahlstelle am hiesigen Platz erlaubt ist." Der leitet die Anfrage am 29.3.1894 an den Regierungspräsidenten in Minden weiter, der am 4.5.1894 wie folgt antwortet: "Euer Hochwohlgeboren erwidere ich auf den gefälligen Bericht vom 29. März ds. Js... betreffend den Unterstützungsverein Deutscher Tabakarbeiter in Bremen ergebenst, dass der Errichtung einer Zahlstelle des genannten Vereins in Werther nicht entgegen zu treten sein wird. Euer Hochwohlgeboren wollen den Herrn Amtmann in Werther auf seine hierneben zurückerfolgende Anfrage vom 30. Januar ds. Js. dementsprechend bescheiden, dabei aber veranlassen, dass ein weiteres Bekanntgeben meiner Verfügung an den gedachten Verein vermieden wird. - Der Regierungspräsident - Unterschrift." Diese Auskunft geht dann am 12.5. 1894 schriftlich an den Amtmann in Werther, wo sie am 17.5. eintrifft (Quelle für alle Zahlen und Daten: Stadtarchiv Werther.)

Von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg

Auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts werden weiterhin von den Ämtern laufend Berichte, die „sozialdemokratische Bewegung betr.“ verfasst. Die Berichte beginnen fast immer mit gleichlautendem Text wie im Schreiben vom 26.7.1901: „Über die von sozialdemokratischer Seite unternommenen Versuche, die Koalitionsfreiheit auch für den ländlichen Arbeiter zu erlangen, ist nichts bekannt geworden.“ - Das bedeutet, dass zu dieser Zeit keine eigenständige Parteiorganisation in Werther bestand. Eingeschriebene Sozialdemokraten gab es aber auf jeden Fall. Zumindest aus den Jahren 1906 und 1907 liegen mehrere Listen von Personen vor, die „dem sozialdemokratischen Verein Halle- Herford als Mitglieder beigetreten sind“. Diese Listen werden der Polizeibehörde in Werther entweder vom Landratsamt in Halle oder der Polizeiverwaltung in Herford übermittelt. Bei den Genannten handelt es sich fast ausschließlich um Zigarrenarbeiter. Nur je einmal erscheinen die Berufsbezeichnungen „Zigarrensortierer“, „Werkführer“ und „Metallarbeiter“.

Auch Vereine, die im Verdacht stehen, von Sozialdemokraten „unterwandert“ zu sein, werden beobachtet. Das belegt z.B. der folgende Schriftwechsel: ... „Halle, den 22.5.1906 – An die Polizeibehörde Werther. Dem Vernehmen nach hat der dortige uniformierte Polizeisergeant aus Anlass der am 20. ds. Mts. stattgefundenen Feier des politisch verdächtigen Arbeiterturnvereins die Bürger durch öffentlichen Ausruf aufgefordert, die Häuser zu schmücken. Ich ersuche um Feststellung, war dem Polizeisergeanten der Auftrag erteilt und aus welchem Grund er diesen nicht zurückgewiesen hat. – Der Landrat – Unterschrift.“ Die Antwort lautet wie folgt: „...dem Herrn Landrat in Halle/W. zurückgereicht. Der hiesige Polizeidiener ist zugleich öffentlicher Ausrufer. Der Vorstand des Arbeiterturnvereins hat ihn um folgenden Ausruf ersucht – „Der Vorstand des Arbeiterturnvereins bittet die Einwohner zur Feier des Stiftungsfestes die Häuser zu schmücken“. Der Ausrufer hat nur dies angezeigt und ist der Ausruf mit meiner Genehmigung erfolgt. Ich bemerke hierbei, dass bis dahin gegen den betr. Verein nichts vorlag, um den Ausruf zu verhindern, umso weniger, als der Festmarsch durch die Stadt dem Verein erlaubt worden war und dieser Ausruf bei den Festen der sonstigen Vereine amtlich erfolgt. Ich bemerke noch, dass der Verein den polizeilichen Anordnungen bisher in jeder Beziehung auf das genaueste musterhaft nachgekommen ist. Künftig werden die Gesuche dieses Vereins dort zur Vorlage gelangen. – Werther, den 6. Juni 1906- Die Polizeibehörde – Unterschrift“

Nach der Gründung des „Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter“ in Berlin 1904 ist dann auch zu berichten, ob sich „bestehende Vereine“ um Jugendliche oder gar schulpflichtige Kinder kümmern. Es wird dann auch prompt mitgeteilt, dass sich der Arbeiterturnverein zunehmend um schulpflichtige und schulentlassene Jugendliche bemüht. 1913 kommen dann die Radfahrvereine in das Visier der Behörden. Der Landrat in Halle schreibt am 13. 8. 1913 an den Amtmann in Werther: „Die Tätigkeit eines Sozialdemokraten im hiesigen Radfahrverein gibt mir die Veranlassung, die Herren Amtmänner zu ersuchen, auf die zahlreichen Radfahrervereine ein wachsames Auge in der Richtung zu haben, ob in ihnen sozialdemokratische Einflüsse sich geltend machen. Die Radfahrvereine, die sich solchen Einflüssen zugänglich zeigen und in deren Reihen sich Sozialdemokraten in größerer Anzahl befinden, sind mir namhaft zu machen.“ Der Amtmann antwortet hierauf aber nur, dass es lediglich einen Radfahrverein in Theenhausen gebe, der unverdächtig sei. Anfang 1915 gibt es dann ein kaiserliches Dekret, wonach die Beobachtung der sozialdemokratischen Bewegung für die Dauer des Krieges auszusetzen sei.